



Betriebszeitung des
Gewerkschaftlichen Linksblocks
in der Gewerkschaft
der Gemeindebediensteten



Gemeinde-Forum

Ausgabe: 4/2004

Neues aus den Kindertagesheimen



→ Nachzulesen auf Seite 2

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeine-Fo-

Pensionsreform

Was bringt das neue Pensionsrecht?



→ auf Seite 3

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeine-Fo-

Priikäre Budgetsituation im KAV

*Fenstersanierung im Wilhelminenspital
vor Abschluss*



→ auf Seite 6

Was gibt es Neues aus den Kindertagesheimen

Auf den ersten Blick scheint alles ruhig zu sein – einige Kolleginnen sprechen aber von „Stillhalten wegen Unsicherheit“!

Der Abteilungsleiter ist definitiv weg von der Abteilung, der/die neue AbteilungsleiterIn ist noch nicht da.

Da auch die Dezernatsleitern Fr. Dr. Raffelsberger die Abteilung verlässt (HERZLICHEN GLÜCKWUNSCH ZUM PENSIONSANTRITT), fühlen sich viele Kolleginnen unsicher.

Fr. Dr. Raffelsberger federte viele Härten und Grauslichkeiten der Umstrukturierung ab, da die politischen Entscheidungsträger sicherlich mit Rücksichtnahme auf ihre Haltung reagierten. Diese Rücksichtnahme wird jetzt wahrscheinlich wegfallen.

Der politischen Entscheidungsträgerin Fr. Stadträtin Grete Laska liegen die Kindertagesheime der Stadt Wien scheinbar nicht sehr am Herzen, denn sie zeigt kein Interesse daran. Es gibt keinerlei Absichtserklärungen der Politik, wie es mit den KTH weitergehen soll.

Unsere Fr. Stadträtin ist uns nur bekannt von Basketballplatzeröffnungen, Eröffnungen der Sportgala im Rathaus und „seitenblickähnlichen“ Ereignissen. So wird es nicht weiter verwundern, wenn sie von den Kolleginnen als „MISS EVENT“ bezeichnet wird!

In der Öffentlichkeit läuft zur Zeit eine Bildungsdiskussion, Stichwort „PISA“ Studie. Die Schulautonomie hat für viele Schulen Sparmaßnahmen gebracht. In nicht wenigen Schulen leidet die Qualität, sie hoffen auf Zuwendung aus der Wirtschaft und begeben sich somit in deren Abhängigkeit.

Unsere Befürchtung ist, dass dies in Zukunft für die Kindertagesheime nicht anders sein wird. Werden KTH im Interesse der jüngsten Bürger Wiens „NON PROFIT“ Unternehmen bleiben, oder müssen sich auch die KTH in privatwirtschaftliche Abhängigkeit begeben. Wir erwarten uns von Fr. Stadträtin Laska ein Signal, wie es mit den KTH weitergehen soll.

Euer  Team

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum

Zulage für Kinder mit nicht deutscher Muttersprache

In Kindergartengruppen, in denen mehr als die Hälfte der Kinder „nicht deutscher Muttersprache“ sind, gibt es eine Zulage für erhöhten Förderbedarf. Diese Maßnahme ist von Erfolg begleitet, denn diese besonders geförderten Kinder erreichen sehr schnell die erwarteten basalen Bildungsziele, wie die Evaluierung dieser Maßnahmen zeigt.

Sinnvoll und logisch wäre es jetzt, diese Zulagen auch für Hortkinder zu gewähren, da die Schule andere und höhere Anforderungen an die Sprachfertigkeit der Kinder stellt.

Euer  Team



Endlich ist sie da - die Pensionsreform!

Ein großer, wirklich großer Wurf sollte da gelingen, mit dem neuen zeitgemäßen Pensionsrecht für BeamtInnen der Gemeinde Wien.

In Kraft treten wird es im kommenden Jahr. Harmonisieren soll mit den Pensionsrechten für ASVG-Versicherte und den Beamten des Bundes.

Doch was bringt das neue Pensionsrecht? Was kommt da auf die BeamtInnen der Gemeinde Wien zu?

Eines gleich voraus: Ob Pensionsrecht für BeamtInnen der Gemeinde Wien oder für ASVG-Versicherte, - länger arbeiten, mit höherem Alter in den Ruhestand treten, ist das Ziel der Reform.

Konnten bis jetzt die BeamtInnen mit 60 Jahren in Pension gehen, so wird sich das Alter allmählich auf 65 Jahre erhöhen. Wobei das neue Pensionsrecht noch gelobt wurde, weil erst nach 2040 - 65 Jahre als Alterslimit gelten.

Man kann zwar früher in die Pension gehen, hat aber Abschläge auf die Höhe des Ruhegenusses in Kauf zu nehmen. Diese Abschläge fallen aber nicht weg, wenn das gesetzliche Pensionsalter erreicht ist. Die so für einen früheren Ruhestand akzeptierte niederere Pensionshöhe bleibt weiter gleich nieder.

Doch stellen wir uns einmal eine Kindergärtnerin oder Helferin mit über 60 Jahren im Kinderdienst vor. Bis jetzt arbeiteten nur sehr vereinzelt ältere Kolleginnen mit über 60 Jahren. Sie stellten eher eine Ausnahmeerscheinung dar. In Zukunft werden wir aber vermehrt ältere Kolleginnen haben oder gar selber mit höherem Alter noch arbeiten müssen.

Gleichzeitig sind die Anforderungen in den

letzten Jahren nicht weniger geworden, ganz im Gegenteil.

Denken wir da nur an die Hygienerichtlinie. Die sich ständig ändernde Gesellschaft bringt neue Wünsche von Eltern und Kindern sowie neue Tätigkeitsbereiche mit sich. Da ist es nicht möglich, nur weil man älter geworden ist, der Körper und der Geist nicht mehr so können wie mit 20 Jahren, weniger zu leisten. Das verbietet einem auch der Berufsethos: Wir machen unseren Beruf schließlich gerne, arbeiten mit Engagement und im Interesse der uns anvertrauten Kinder.

Besonders fatal ist der Durchrechnungszeitraum von 40 Jahren. Das bedeutet, daß fast das gesamte Arbeitsleben zur Bemessung der Pensionshöhe herangezogen wird.

Viele Kolleginnen blieben und bleiben Jahre zu Hause bei ihren Kindern, unterbrechen ihre Berufstätigkeit, bis die Kinder aus den Gröbsten heraus sind oder arbeiten Teilzeit. Sie werden

wesentlich weniger Pension erhalten, als jetzige Pensionisten. Gerade diese Kolleginnen, die das von der Gesellschaft und Politik so idealisierte und auch geforderte Bild der Frau, die als Mutter zu Hause bleibt, um sich für ihre Kinder zu sorgen, auch unter finanziellen Opfern erfüllten, bekommen dafür später weniger Pension. 80% des Letztbezuges wird für

sie in weite Ferne rücken.

Letztenlich bedeutet die Pensionsreform, egal ob ASVG oder BeamtInnen, dass wir länger arbeiten müssen und dafür aber auch weniger Pension erhalten. Die Arbeitsbedingungen werden sich sicher nicht zu Gunsten älterer Kolleginnen verbessern und die Anforderungen werden weiter wachsen.

Anna Treu
KTH



Pensionsreform



Pensionsreform: Wir haben gestreikt gegen die Pensionsreform der Regierung, heute bekommen wir von der roten Stadtregierung eine ähnliche serviert und dies mit wohlwollender Zustimmung der Gewerkschaft.

Diese Pensionsreform bedeutet eine defakto An-

passung an das ASFG und zeigt deutlich auf, wie politisch motiviert die FSG agiert.

Der GLB ist nicht gegen eine Pensionsreform, jedoch gegen rückwirkende Eingriffe. Eine Stichtagsregelung für alle neueintretenden Gemeindebediensteten wäre eine faire Lösung gewesen.

Viele unserer Bediensteten haben niedrige Einstiegsgehälter in kauf genommen mit der Gewissheit einer höheren Pension und eines sicheren Arbeitsplatzes.

Viele KollegenInnen fühlen sich jetzt zu Recht betrogen, denn diese Reform ist unfair und ungerecht und bedeutet einen massiven Eingriff in die Lebensplanung aller Bediensteten.

Als Ohrfeige für alle Pensionisten kann nur der Pensionssicherungsbeitrag gewertet werden.

Wir wissen, dass Gemeindebedienstete vor Jahrzehnten geringste Löhne bekamen und dementsprechend gering sind ihre Pensionen und nun müssen sie bis zu 0.8% Pensionssicherungsbeitrag leisten.

All dies brachte der GLB im Hauptausschuss zur Sprache und dennoch stimme die FSG geschlossen der Reform zu - **Fraktionsgehorsam!**

Im Gegensatz zu den Wiener Linien wurde im Hauptausschuss der Hg2 (Spitäler) diese Reform fast zum kippen gebracht, nur mit einer knappen Mehrheit von 33 pro zu 26 nein Stimmen wurde die Reform durchgedrückt!

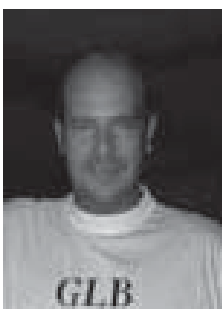
Hier sprachen sich sogar die Obmänner der größten Spitäler Wiens gegen die Reform aus, viele FSGler meinten, wie sollen wir das unseren Bediensteten erklären!

Euer Kollege

Roman Böhm-Raffay
Vorsitzender GLB/GdG

Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum-Gemeinde-Forum

Leben wie in einer Diktatur oder Demokratie?



Da es mir schon öfter aufgefallen ist, bei Umfragen oder anderen Gesprächen, dass KollegInnen Hemmungen haben, ihre Meinung offen zu sagen oder sich an ihren Betriebsrat zu wenden, stelle ich mir die Frage, warum das so ist. Ich höre immer wieder, dass sie nicht ernst genommen oder sogar heruntergemacht

werden, statt dass man ihnen zuhört und sie ernst nimmt. Früher haben sich die Betriebsräte für die Belegschaft eingesetzt, heute kann man davon nur träumen. Man konnte auch mit privaten Problemen zu ihnen kommen, und sie versuchten, eine gute Lösung zu finden und den Leuten zu helfen damit ein gutes Betriebsklima geschaffen wird. Man wurde auch laufend und zeitgerecht über Änderungen informiert, nicht so wie jetzt, wo man alles

im letzten Augenblick erfährt, wenn eigentlich schon alles entschieden ist. Wenn nun eine andere Fraktion gegen diese Art vorgeht und Unterschriften zum Wohle der KollegInnen sammelt, trauen sich viele nicht zu unterschreiben, wenn sie es doch wagen, werden sie gleich „zusammengestaucht“! Ob mancher PV vielleicht durch seine Freistellung vergessen hat, dass er auch mal ein Mitarbeiter war, der gerne rechtzeitig über Änderungen oder Neuigkeiten informiert wird? Derzeit fühlen sich viele übergangen und fragen sich, ob die PV für uns oder für das Unternehmen da sind.

Wo sind die Personalvertreter, die hinter allen KollegInnen standen, nicht nur hinter ihren Busenfreunden.

Euer Willi
GLB-Mitarbeiter

Der Untergang des Abendlandes

Nun ist es auch schon wieder ein Weilchen her, daß Maria Theresia Mitte des 18. Jahrhunderts die allgemeine Schulpflicht verordnet hat.

Sie tat dies aus der Erkenntnis heraus, daß die Bildung der Jugend eine elementare Voraussetzung für das Funktionieren eines modernen Staatsgebildes bildet.

Diese weise Erkenntnis hat nun offenbar ihr Ablaufdatum erreicht.

Wie die Tageszeitung „Der Standard“ am 8.9.2004 vermeldete, steht in Österreich einer Zahl von rund 360.000 Volksschulkindern eine Zahl von mindestens 500.000 erwachsenen Analphabeten gegenüber.

Wenige Tage vorher vermeldete der „Kurier“, daß die Universität Wien als beste Uni Österreichs in einer internationalen Wertung nur mehr den 86. Platz belegt. Die Unis in Graz und Innsbruck rangieren irgendwo zwischen den Plätzen 200 und 300, Salzburg unter „ferner liegen“.

Gleichzeitig verkünden sämtliche Parlamentsparteien, daß sich die Bildung noch mehr als bisher an den beabsichtigten Berufsbildern orientieren soll.

Eine profunde Allgemeinbildung, wie sie noch in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts als selbstverständlich erachtet wurde, ist heute offenbar nur mehr überflüssiger Ballast. Gegenstände wie Philosophie, Geschichte, Zeitgeschichte oder Latein werden als „Orchideenthemen“ bezeichnet, die eigentlich überflüssig sind.

Ergänzend dazu wurde eine Rechtschreibreform durchgezogen, die an Sinnlosigkeit nicht zu übertreffen ist, weil warum: man will den armen Kleinen das Lernen noch leichter machen.

Abgesehen davon, daß dieser Effekt keineswegs eingetroffen ist, ist diese Einstellung absolut kontraproduktiv, denn nur das, was man sich beim Lernen erarbeiten muß, lernt man wirklich.



Natürlich steckt hinter all dem auch Methode: je ungebildeter die Bevölkerung ist, desto leichter kann man ihr den größten Unsinn verkaufen (siehe EU-Beitritt, Pensionsreform, Steuerreform usw.).

form, Steuerreform usw.).

Daß unsere kulturelle Entwicklung in den 70er Jahren ihren Höhepunkt hatte ist wohl jedem klar.

Weniger klar ist, daß man den seither stattfindenden Verfall auch noch mutwillig beschleunigen will.

Der Untergang des Abendlandes ist unaufhaltsam. Nur findet er nicht, wie in den zwischen 1918 und 1922 erschienen gleichnamigen Romanen Oswald Spenglers, auf den Schlachtfeldern statt, sondern zwischen den Schulbänken. Und das ist auf Dauer gesehen wahrscheinlich noch schlimmer, fürchtet Euer

Gerhard Haupt
Wilheminspital

EU – Wahl 2004 – Eine Nachlese

Es ist völlig egal, wie die GewinnerInnen bei der im Juni durchgeführten EU-Wahl aussehen – das Volk bleibt in jedem Fall wie immer auf der Strecke. Was wurde uns seit der Volksabstimmung vor 10 Jahren nicht schon alles angetan? Die Liste liest sich wie ein Gruselroman von Stephen King:

- . Pensionskürzungen
- . ständig steigende Arbeitslosigkeit
- . Hoffnungslosigkeit bei Jugendlichen weil keine Lehrstellen – Lehrlinge sind teuer geworden
- . Firmenpleiten am laufenden Band
- . eine Teuerung wie sie es seit Kriegsende noch nie gab
- . steigende Kriminalität – Höchststand von Diebstählen und Einbrüchen
- . Steuererhöhungen wie noch nie
- . usw...

...diese Liste ließe sich noch endlos fortsetzen. Wären das nicht genug Gründe gewesen, sich an dieser EU-Wahl überhaupt nicht zu beteiligen? 60 % der BürgerInnen hatten genau diesen Gedanken oder wählten einfach ungültig! Viele haben erkannt, was diese Europäische Union tatsächlich für unser Land bedeutet und das Merkwürdigste daran ist, dass sie plötzlich niemand gewählt haben will! Es ist fast genauso wie vor ungefähr 70 Jahren auf dem Heldenplatz, - dort soll ja auch keiner gestanden und dem „Dritten Reich“ zugejubelt haben.

Keine der KandidatenInnen, die sich dieser Judas Wahl stellten, verlor auch nur ein Wort darüber, was wir an diese EU für andere Länder zahlen müssen. Auch wurde uns sehr wohl verschwiegen, dass unserem - von Österreichern gewählten – Parlament aus Brüssel vorgeschrieben wird, welche Gesetze zu beschließen sind – auch dann liebe Freunde, wenn eine überwiegende Mehrheit dagegen ist!!!! Ob uns die nun passen oder nicht, wer fragt schon danach?!
Aber warum?

Die EU ist keine „demokratische Einrichtung“. Unser Parlament hat keine Rechte, es darf nicht einmal Gesetze vorschlagen. Entscheidungen, die aber eher Befehlen gleichen, werden den EU - Mitgliedern über die Kommission mitgeteilt.



Kurz und bündig heißt das:
ALLES WAS DIE EU ZUM GESETZ ERHEBT, MUSS VON UNSEREM PARLAMENT ÜBERNOMMEN WERDEN.

...und jetzt kommt es gleich noch besser, - denn sollten unsere Gesetze einmal nicht mit der EU konform gehen, gilt in jedem Fall nur das, was in der EU – Verfassung steht.

Für Österreich und seine Bevölkerung bedeutet das, dass auf diese Art und Weise, auf jeden Fall, die NEUTRALITÄT verloren geht.

Wer hat uns vor der Wahl darüber aufgeklärt, dass wir vor vollendeten Tatsachen stehen?

Die EU-Verfassung sagt unter anderen aus, dass im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung, die Mitglieder einander beistehen müssen. Für eine Neutralität ist in dieser Verfassung wahrlich kein Platz und somit wird unsere verfassungsrechtlich geschützte Neutralität kalt abserviert.

Was zählt schon die Mehrheit des Volkes. Hat die Mehrheit denn bei der Abschaffung des Schillings, beim Transitverkehr oder bei den gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln gezählt?

Für die Wahnsinnigen in Brüssel zählen wir ja schon lange nicht mehr. Für die sind wir kein selbständiger Staat sondern maximal eine Provinz unter 25.

Wäre das nicht Grund genug aus dieser EU auszutreten? Möglich ist es!!!

Doris Grössinger

Nur der maximale Gewinn zählt!

Diese Werthaltung ist der nunmehr offen ausgesprochene Grundsatz in der Debatte um die unbezahlte Ausweitung der Arbeitszeit. Die Unternehmen und ihre Politiker begründen ihre Forderung nicht mehr mit einer existenziellen wirtschaftlichen Notwendigkeit, sondern das **zentrale Argument ist das maximale Gewinnstreben**. Wenn die Lohnsumme nicht auf ein in anderen Ländern mögliches niedrigeres Niveau gesenkt wird, dann drohen die Konzerne mit der Auswanderung dorthin.

Damit erklären sie den ArbeitnehmerInnen und ihren Familien, den Regionen und den betroffenen Staaten den offenen Wirtschaftskrieg.

Hiermit entsteht in der Wirtschaftspolitik eine Situation, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Nach der Frage der Steuerbelastung stellen sich die Konzerne auch auf dem Gebiet der Entlohnung gegen die gesamte Volkswirtschaft und damit gegen alle StaatsbürgerInnen.

Denn die sinkenden Löhne ziehen auch sinkende Steuern und Abgaben an den Sozialstaat nach sich. Hingegen ist die Versteuerung der steigenden Gewinne kein großes Problem. Dafür haben die Steuerreformen der neoliberalen Politiker gesorgt und notfalls wird der Konzerngewinn global verschoben. Im Klartext lautet die Kampfansage: Wenn die Volkswirtschaften nicht einer Umverteilung von der Bevölkerung zu den Konzernen durch sinkende Steuern und Löhne zustimmen, verlassen diese das Land. Noch kürzer formuliert **lautet die Erpressung: Weniger Lohn oder die Arbeitslosigkeit für die Menschen, weniger Steuern oder kompletter Steuerverlust für den Staat!**

Aus taktischen Gründen ertönt ein mehrstimmiger neoliberaler Chor. Die grellsten Stimmen fordern eine unbezahlte Ausweitung der Arbeitszeit, eine Kürzung des Urlaubsanspruchs, die Streichung von Feiertagen. Dann erklingen beruhigende Stimmen. Sie werben „nur“ für flexiblere Regeln der Arbeitszeit. Doch solche Regelungen bedeuten ebenfalls eine Kürzung der Lohnsumme. Die freundlichsten

Stimmen treten auch für einen Solidarbeitrag der Spitzenmanager ein. Man hört den Chef von Daimler-Chrysler förmlich lachen. Er hat im Rahmen des von ihm durchgesetzten Zusammenschlusses der beiden Konzerne seine Bezüge verdreifacht, und verzichtet nun auf 10 Prozent davon. So gewinnbringend kann Solidarität mit den „Verlierern“ sein!

Betrachten wir nun die volkswirtschaftlichen Tatsachen: Deutschland ist Exportweltmeister und beweist damit seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit durch seine hohe Produktivität und konkurrenzfähigen Lohnstückkosten (Das sind die Lohnkosten pro erzeugtem Wirtschaftsgut). Auch Österreich verbessert sich bei diesen beiden wirtschaftlichen Kennziffern gegenüber den wichtigsten Handelspartnern. Allein die Lohnstückkosten sind in diesem Vergleich seit 1997 um 10 Prozent gesunken. In beiden Ländern verzeichnen die Konzerne zweistellige Zuwachsraten bei den Gewinnen. Das Bruttoinlandsprodukt ist nicht nur höher als in Zeiten als höhere Löhne noch leistbar erschienen, es steigt schon wieder an.

Die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen haben sich nicht verschlechtert. Vielmehr haben sich die wirtschaftspolitischen Bedingungen durch den Einfluss der Politik geändert.

Die „neoliberalen Weiterentwickler“ in der EU haben dafür gesorgt, dass die so genannten „vier Freiheiten“ auch in der erweiterten EU-25 kaum eingeschränkt sind: Die nahezu vollständige Freiheit des Kapital-, Waren- und Dienstleistungsverkehrs sowie die Freiheit der persönlichen Niederlassung ist die politische erzeugte Grundlage für die Übermacht der Konzerne. Und mit Hilfe von Deregulation, Flexibilisierung und Privatisierung wird diese Machtposition ständig erweitert.

Möglichst große Freiheit (verstanden als Fehlen von einschränkenden Regeln) **für BürgerInnen** (in ihrer Rolle als ArbeitnehmerInnen) **und Konzerne bedeutet in Wahrheit wirtschaftliche Unfreiheit für die BürgerInnen. Denn das Fehlen von schützenden Regelungen nützt immer den Stärkeren. Aus der Freiheit der Wahl wird der wirtschaftliche Zwang.**

Lohnverlust oder Abwanderung? - Der Konzern bietet eine Wahl in Freiheit an. Und die ArbeitnehmerInnen können sich in Freiheit nur dem wirt-

schaftlichen Zwang beugen. Steuersenkung oder Abwanderung? - Der Konzern bietet auch dem Sozialstaat die Wahl in Freiheit an. Und der Staat beugt sich in freier Wahl dem wirtschaftlichen Zwang.

Natürlich kann es Situationen geben, in denen auch die Senkung der Lohnkosten eine Firma vor dem Konkurs retten kann. Doch in der momentanen Debatte um die Senkung von Löhnen geht es nicht darum.

Die Konzerne reden in bemerkenswerter Offenheit von einer Senkung der Lohnkosten in einer Höhe um die 30 Prozent – um an das tiefere Niveau anderer, noch nicht so hoch entwickelter Länder anzuschließen.

In einem Europa, in dem die Schutzregeln für die BürgerInnen dereguliert und flexibilisiert sind, spielen die Konzerne die ArbeitnehmerInnen und Staaten gegeneinander aus und hinterlassen einen Kahlschlag an Löhnen und Steuern.

Die Gewinne werden volkswirtschaftlich mitgezählt und halten so als Beweis für den Erfolg der wirtschaftlichen Vernunft her. Aber davon hat die Masse der StaatsbürgerInnen kaum etwas: Die Gewinne landen auf den Konten einer Minderheit irgendwo im globalen Raum. Natürlich kann in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft nicht jede Form der Produktion im globalen Maßstab konkurrenzfähig sein. Aber umso wichtiger sind ausreichende Steuerzahlungen der hochprofitablen Konzerne, um mit diesem Geld den gesellschaftlichen Umbau in Richtung hochwertigere Produktion und Qualifizierung der Arbeitskräfte zu bewerkstelligen.

Wenn nur mehr der maximale Gewinn zählt, bedeutet das eine volkswirtschaftliche Kriegserklärung der Konzerne an die Gesellschaft.

Mit Hilfe der guten Infrastruktur, der qualifizierten Arbeitskräfte und des aufnahmefähigen Binnenmarktes der Staaten sind die Konzerne groß geworden. Nun wollen sie sich unter Mitnahme ihrer Gewinne in die weite Welt verabschieden.

Die Sozialstaaten müssen daher zu ihrem Schutz wieder jene Regeln politisch einführen, die in den vergangenen Jahrzehnten unseren politischen Aufstieg ermöglicht haben.

Ungefähr ein Drittel des weltweiten Geldvermögens wird im Ausland verwaltet, jenseits des Zugriffs der Finanzämter. Etwa die Hälfte des Welt Handels wird über Steueroasen abgewickelt. Der weitaus größte Teil des Finanzkapitals dient der Spekulation und nicht der Produktion.

Daher muss erstens der Steueranteil der großen Unternehmen (Wertschöpfungsabgabe!) und ihrer Aktionäre wieder angehoben werden. Das Wohnsitzprinzip (Besteuerung eines Konzerns an seinem Hauptsitz) muss in der EU eingeführt werden. Das so genannte Bankgeheimnis muss in der EU so abgeändert werden, dass alle Einkommensarten dem Finanzamt automatisch gemeldet werden.

Zweitens müssen die Konzerne zu ihrer volkswirtschaftlichen Pflicht angehalten werden, indem sie gesetzlich dazu verpflichtet werden, einen entsprechenden Teil ihrer Gewinne im Land (in der EU) zu investieren.

Drittens müssen die Steueroasen geschlossen werden und die grenzüberschreitende Gewinnverschiebung der Konzerne muss gesetzlich verhindert werden.

Um das Finanzkapital vermehrt in die Produktion zu lenken, muss viertens die Tobinssteuer eingeführt werden.

Auf Dauer kann kein Konzern auf die EU als Produktions- und Verkaufsstandort verzichten. Daher haben wir die politische Macht die Konzerne zur volkswirtschaftlichen Vernunft zu zwingen. **Wenn die verantwortlichen Politiker nicht endlich konsequent handeln, müssen sie durch Volksabstimmungen dazu gebracht werden.**

Steuerinitiative


www.steuerini.at

F.d.I.v.: Steuerinitiative im ÖGB, Hans und Gerhard Kohlmaier, Doeltergasse 5/4/7, 1220 Wien, 6.9.2004

UNO contra USA und GB



Die UNO ist eine Organisation souveräner Staaten, sie setzt sich ein, um internationale Zusammenarbeit zu fördern, internationale Probleme und Streitigkeiten zu lösen und behandelt Angelegenheiten, die die ganze Welt betreffen.

Nach den entsetzlichen Erfahrungen im 2. Weltkrieg wurde 1945 die UNO mit Sitz in New York gegründet.

Die primären Ziele der UNO sind: Erhaltung des Weltfriedens, die internationale Sicherheit, die freundschaftliche Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten sowie der unbedingte Schutz der Menschenrechte.

Die Aufzählung der oben genannten Punkte lässt uns allerdings schon sehr nachdenklich werden.

Der UNO-Sicherheitsrat trägt die Hauptverantwortung – im Sicherheitsrat sind immer, **als ständige Mitglieder –** **welch ein Hohn wenn man an den Irak- und Tschetschenienkrieg denkt** – die USA, Russland, China, Frankreich und England vertreten.

Bekanntlich verbietet die UNO – Charta (der zentrale, völkerrechtliche Vertrag zur Sicherung des Weltfriedens), jeden Kriegsangriff. Jeder Staat ist verpflichtet, seine Konflikte im Sinne der UNO friedlich zu lösen. Anscheinend ging das in den USA und GB vorbei.

Eine der ersten Aufgaben der UNO war, die Formulierung der Menschenrechte, die auf der geschichtlichen Erklärung der Grundrechte der Menschen basieren, wonach jeder Mensch ein Grundrecht auf Leben, Freiheit, Religion und Arbeit hat.

Die Regierungen der USA und England haben bekanntlich ohne UNO-Mandat einen kriegerischen Angriff gegen den Irak durchgeführt.

Präsident Bush hat auch wiederholt erklärt, dass er die UNO für irrelevant hält, wenn sie einem Krieg mit dem Irak nicht zustimmt.

Es ist erschreckend zu erkennen, dass die Regierungen von USA und GB, solche totalitären Vorgangsweisen wählen und damit das System UNO in Frage stellen, indem sie das Völkerrechtsabkommen der UNO zerstörten und somit die UNO als Ganzes in Frage stellen.

Nur wenn unser Land und viele andere Staaten ihre Stimme erheben, kann die friedensstiftende Autorität der UNO und die Gültigkeit der UNO-Charta erhalten bzw. wiederhergestellt werden, denn momentan wird nur nach dem Recht des Stärkeren agiert.

Wenn die USA und gewisse andere Staaten sich ihre eigenen Rechte und Gesetze schaffen und nach belieben einen Krieg nach dem anderen anzetteln ohne Beschränkung von außen, sind für unsere Kinder die Weichen für Terror und Gegenterror gestellt. Das Beste Beispiel sind Israel und Palästina, hier konnte und kann die UNO wegen des ständigen Vetos der USA nicht wirken.

.....oder will sie nicht wirken?!

Von der Öffentlichkeit fast unbeachtet blieb bisher eine Initiative des umtriebigen UNO – Generalsekretärs Kofi Annan.

Er spekuliert damit die Privatwirtschaft mit ins UN-Boot zu holen, denn wenn schon die Amerikaner mit ihren Zahlungen an die UNO nicht nachkommen (wollen?) vielleicht kann ja dann Coca Cola oder Boeing einspringen. Oder wie wäre es mit einem verheißungsvollen Ölkonzern?

Jetzt stellt sich aber die Frage, wie haben dann die Gegenleistungen der UNO auszusehen? Vielleicht ein kleiner Krieg um Rohstoffe da und ein anderer dort um sonst irgendwas? Vielleicht ein dezentres wetteifern mit der Nato? Wie auch immer – deutlich wird nur, dass sich Kofi Annan mit seinen Ideen auf sehr,sehr dünnem Eis bewegt!

Doris Grössinger

GLB – Reisen

Trauminsel Boracay

Grundpaket 18 Tage vom 2. Februar – 20. Februar 2005

Grundpaket:

Stand. DZ: 1 300 € EZ: 1 400 € Verl. Woche DZ: 90 € EZ: 180 €

Subri. DZ: 1 400 € EZ: 1 500 € Verl. Woche DZ: 150 € EZ: 250 €

Luxus DZ: 1 550 € EZ: 1 650 € Verl. Woche DZ: 200 € EZ: 400 €



Inkludierte Leistungen: Übernachtung, Sicherheitstaxen, Transfers.

Nicht inkludiert: lediglich Visum und Mahlzeiten, Startgebühren ca. 8 €

Vietnamrundreise +1. Woche Badeaufenthalt Boracay

19. Jänner – 13. Februar 2005

DZ: 2199 € EZ: 2 499 €

Rundreise Vietnam

19. Jänner – 4. Februar DZ: 1 899 € EZ: 2 099 €

Wien-Doha-Bangkok-Hanoi - Fahrt nach **Halong Bay** - Flug **Da Nang/ Hoi An** - Fahrt zur **Kaiserstadt Hué** - Flug nach **Ho Chi Minh City (Saigon)** – Fahrt zum **Mekong Delta** - Flug Saigon – Manila – Boracay mit Badeaufenthalt.

GLB - Preishammer

2 Wochen Thailand – Pattaya 850 €

2 Wochen Thailand – Koh Samui 1050 €

Abflüge ab September 2004 – März 2005 mehrmals wöchentlich.

(Ausgenommen 15.12.2004 – 07.01.2005)

Andere Destinationen (Pukhet, Koh Samui usw.) auf Anfrage!



Leistung: Linienflug mit Qatar Airways, Mittelklassehotel, AC-Zimmer mit TV/Radio/Minibar und Frühstück, Pool, Hotelsafe, Meeresblick möglich, inkl. aller Taxen/Gebühren/Transfers.

Nicht inkludiert lediglich 500 Baht (ca. 10 € Ausreisesteuer)

Die Reisen Vietnam und Boracay werden vor Ort von GLB-Personalvertretern betreut.

Anfragen/Anmeldungen bei Betriebsrat Böhm-Raffay Tel. 0664 15 17 922

Mail: roman.boehm-raffay@chello.at

***Leserbriefe und Reaktionen aus dem Forum
www.glb-gemeinde.at***

Die Meinung der Diskutanten muss nicht unbedingt mit unserer übereinstimmen!

von beinhart am 18.Sep.2004 21:16

immer öfter hört man jetzt, dass KollegInnen aus der Gewerkschaft austreten.
Zu lesen war es auch schon unter : www.pv-wienerlinien.at/strassenbahner.
Die neue Dienst- und Betriebsvorschrift ist nicht der große Wurf !

mfg Werner
v47/Bhf Erdberg

von Kurbler am 21.Sep.2004 13:02

Kollegen, aus der Gewerkschaft austreten ist der falsche Weg! Das die Kollegen aus Vorgarten enttäuscht über die dortige Entwicklung sind, liegt auf der Hand. Warum haben sie sich nicht dagegen gewehrt und dem dortigen BO gezeigt wo es lang geht und was sie davon halten. Überläufer haben noch nie eine gute Figur gemacht! Vorgarten hatte wirklich unheimliches Pech. Der dortige BO hat sich kaufen lassen. Das geht aber nicht mit jedem und ist Charaktersache. Kann mir z.B. vom Böhm-Raffay nicht vorstellen, das er so handeln würde, den hab ich schon fuchsteufelswild seinerzeit mit dem Simanov erlebt. Seine Duelle mit der FSG sind schon zu Lebzeiten legendär. Von ihm wage ich zu behaupten er ist ein 100% iger Gewerkschafter und Personalvertreter, der soviel ich hörte immer hinter den eigenen Leuten steht.

Das Problem bei uns ist, dass der FSG von den Bediensteten zuviel Macht in die Hände gespielt wird. Ich sag jetzt nicht, das ihr den GLB wählen sollt. Wählt andere, nur nicht die FSG. Solange ihr denen eure Stimme gebt, wird sich NIEMALS etwas ändern. Solange ihr euch nur aufregt aber nichts dagegen unternimmt, seid ihr selbst schuld. Was spricht dagegen eine andere Fraktion zu wählen? Irgendeine nur nicht die FSG?! Wer schaut euch beim wählen über die Schulter? Niemand! Ihr könnt in der Wahlkabine ganz alleine entscheiden. Nur wäre wichtig, dass ihr richtig entscheidet. Bis jetzt war das nicht der Fall. Darum ist der Austritt aus der Gewerkschaft garantiert der falsche Weg. Besser wäre, der FSG bei der nächsten Wahl einen Tritt ins Hinterteil zu geben, das denen hören, sehen und lügen vergeht.
Ist ja nicht schlecht, oder? Einen Versuch wäre es wert!

von Kurtl auch ein Bimmler am 22.Sep.2004 11:16

Kollegen, das müsst ihr euch auf der Zunge zergehen lassen!

A gewisser Meidlinger schreibt im Strassenbahner, die Kollegen sollen nicht aus der Gewerkschaft austreten sondern das Gespräch mit dem Betriebsrat suchen?!

Lieber Herr Meidlinger, ich werde dich einmal über einige Tasachen bei den Wiener Linien aufklären - und huach jo guat zua:

Die Kollegen können das sicher bestätigen, die meisten sogenannten Personalverteter und Herren Betriebsräte helfen dir sowieso nur, wenn du Ihnen zum Gesicht stehst, wenn nämlich nicht, hast du Pech gehabt. Die Wahrheit, HERR MEIDLINGER, ist noch viel, viel schlimmer, die meisten Kollegen trauen sich nämlich schon gar nichts mehr sagen zu den Herren gewählten Personalvertreter weil SIE ANGST VOR DENEN HABEN. Jawohl ANGST!!! Richtige Scheiß Angst! Weil diese Herren PV, BR uns soviel zu Fleiß machen können und auch tun werden, wenn man es wagt den Mund auf zu machen. Und das ist kein Witz. Bei den Wiener Linien herrscht ein Regime wie zu SS Zeiten. Da sollte man einmal einschreiten und zwar gewaltig.

Dann gibts Personalverteter, die dümmer als Plastiksackl'n sind. Wenn du sie etwas fragst, wissen's keine Antwort oder aber sie haben keine Zeit weil sie ja so beschäftigt sind, oder sie sind nie da. Gänzlich freigestellt, aber nie Zeit haben, super nicht?? Natürlich gibt es auch Ausnahmen, aber die kannst dir an 2 Fingern abzählen.

Die Gewerkschaft sollte sich lieber Fragen, warum die Bediensteten Angst vor der eigenen Personalvertretung haben. Davor dürfen die Augen nicht mehr verschlossen werden. Da sollte einmal angesetzt werden.

von Fahrer Gürtelbhf. am 22.Sep.2004 14:55

Ich kann euch nur sagen, seit der neuen DBV kommen wir uns alle angeschissen vor, der D Wagen ist eine einzige Katastrophe, Sklaven hatten auch keine anderen Arbeitsbedingungen.

Unsere Obfrau findet das alles sehr lustig. Wir sollen uns nicht anscheissen, habe ich selbst gehört wie sie es einer Fahrerinnen gesagt hat, die meinte man kann nicht mehr aufs WC gehen, bei Frauenbeschwerden werden 4 Stunden fahren beschissen, meinte sie einfach: "Sei froh, das du an Job hast und wenn dir was nicht passt kannst ja kündigen!"

Anmerkung der Redaktion: „Bei diesen Einträgen handelt es sich um Bedienstete der Wr. Linien. Wir hoffen, dass in absehbarer Zeit auch andere HG`s in unserem Forum vertreten sind.

BIKER on the Road

in Peter Roseggers Waldheimat

Und wieder hieß es für 16 Biker „Gasgriff zupfen“

Die Gruppe traf sich beim verabredeten Treffpunkt und pünktlich um 8 Uhr ging es Richtung Steiermark los.



Zügig tourten wir über Mayerling – Hafnerberg – Gerichtsberg – Ochsattel – Gscheid - Lahnsattel – Kapellen - Mürzzuschlag – Krieglach – Alpl – Waldheimat!

Besichtigung von Roseggers Geburtshaus hoch droben in der Einsicht in Alpl.

Auch heute noch erinnert das Geburtshaus an das Waldbauernleben längst vergangener Zeiten. Nach einer ausgiebigen Stärkung ging es kurvig heimwärts über Ratten – Feistritzwald – Feistritzsattel – Otterthal – Kranichberg – Wr. Neustadt – Wien!



Im Bierlokal Otto ließen wir diesen wunderschönen Tag mit geselligem „Beisammen hocken“ ausklingen!

Biker – Gruß >>> FINI

Weitere Foto´s und Info´s unter
www.glb-gemeinde.at

Zukunftsperspektiven der Wiener Linien

Bis jetzt hatte das System der WL halbwegs funktioniert. Wie wird das aber in Zukunft sein? In den verschiedensten Zeitschriften werden immer wieder wahre Lobeshymnen auf die Öffis geschrieben, wie z.B., dass zwei Drittel aller WienerInnen täglich U-Bahn, Bim und Bus benutzen und das wir eines der besten ausgebautesten Öffinetze der Welt besitzen.

Also, sagt sich die Obrigkeit, jetzt wo wir ja so gut sind, müssen wir noch billiger arbeiten und wirtschaften, damit uns Wirtschaft und Politik in anderen Ländern noch mehr bewundern – und ein anerkennendes Schulter klopfen für die Vorstandsmitglieder unserer Holding ist uns dann auch noch sicher.

Alle Einsparungsmaßnahmen, jetzt und in der Vergangenheit, werden wie immer auf Kosten der Kleinen – sprich uns – getätigt. Anscheinend ist es unserer Obrigkeit noch immer nicht klar, dass wir, Fahrer, Lenker, Werkstättenarbeiter usw., den Löwenanteil an Leistung für den öffentlichen Verkehr erbringen.

Wir versuchen, die oft obskuren Fahrpläne einzuhalten – bei jedem Wetter, wir sind erste Ansprechpartner der Fahrgäste bei Auskünften, Wünschen und Beschwerden und wir müssen ihre Launen geduldig ertragen. Als wäre das nicht schon genug, wird auch noch beim Material gespart. Wie z.B am 25.8.04, da bin ich bei extrem starken Regen mit dem ULF 605 gefahren, bei dem seit 17.02.04 die Scheibenheizung ohne Funktion und dadurch die Windschutzscheibe, von unten zur Hälfte beschlagen war. Nach Intervention in der Werkstätte sagte man mir, es fehlt ein Automat und den gibt es **zur Zeit** nicht! (die Betonung liegt auf „zur Zeit“)

Weiters sind derzeit auch geschätzte 60 % der Behinderterampen ohne Funktion und von defekten Fahrersitzlehnen, nicht verstellbaren Arm –und Rückenlehnen kann jeder Bedienstete ein Klagegedröhl trällern. Es gibt auch keine Ersatzteile für verunfallte ULF's, somit stehen schon unzählige wahre Leichen in unseren Hallen herum, denn die Werkstätte schlachtete einige Züge aus um andere wieder fahrtüchtig zu machen und somit den ungestörten Fahrbetrieb aufrecht und einige Tauschzüge in Reserve zu halten.

Jetzt steht wieder der Herbst vor der Tür und somit auch die kalte Jahreszeit. Es wäre wünschenswert, wenn bei Wartung von Heizung und Wischer nicht auch noch gespart wird, oder es vielleicht heißt – derzeit nicht möglich! Auch bei den Fahrplänen merkt man die beinhalten Sparmaßnahmen – denn gespart wird nur bei den Pausen. Die natürlichen Bedürfnisse, wie essen, trinken, Toilette und Hygiene kommen in den Minipausen zu kurz.

Das erinnert mich an das Anti-Stress-Seminar vor einigen Jahren, wo uns von einer Ärztin und Ernährungswissenschaftlerin vorgebetet wurde, wie man sich gesund ernährt, gut schläft usw. damit man weniger Stress hat und Blutdruck und Stoffwechsel in Ordnung sind.

Eines weiß ich aber sicher, dass man das HONORAR für die Vortragenden hätte sparen können, denn bei diesen neuen rückschrittlichen DBV's ist weder unser Stoffwechsel noch der Blutdruck in Ordnung.

Was die Kollegenschaft aber am meisten interessiert ist: wurde nur auf den Bahnhöfen, Garagen, Expediten, Werkstätten und beim Verschub gespart, oder wurde der aufgeblähte Verwaltungsapparat auch beschnitten?

Darf denn die Sekretärin jetzt auch nur alle 3 Stunden aufs WC und wird die Mittagspause des Hrn. Ingenieurs jetzt auch auf 20 und 10 min. geteilt werden? Wurden Posten, wie der des Stockchef's, abgeschafft und dafür bessere Wegweiser zu den Zimmern aufgestellt und müssen unsere Betriebsräte jetzt auch länger arbeiten um den gleichen oder weniger Lohn?

Sparen ist ja sinnvoll, aber dann bitte am richtigen Platz! Sparen kann aber auch voll daneben gehen, wie das Beispiel der Verkehrsbetriebe in England gezeigt hat.

Unsere neuen Fahrpläne sind eine Zumutung und ein enormer Rückschritt in graue Vergangenheit – und dies liebe KollegInnen in Zusammenarbeit mit den FSG-Personalvertretern.

Unsere Zukunft sieht nicht gerade rosig aus, Unfälle werden sich häufen – da die Konzentration nachlässt, Krankenstände werden sich häufen – da die Mehrbelastung von Körper, Geist und Gesundheit nicht gerade förderlich für das Allgemeinbefinden ist. Das alles wurde mit dem Einverständnis unserer FSG - Personalverteter gestaltet und abgesegnet!

DANKE – da habt ihr wirklich großartiges geleistet!!! Ich schlage ein MOTIVATIONSEMINEAR für alle Bediensteten vor. Der Dienstgeber müsste dann allerdings schon eine Spitzenpsychologin damit beauftragen, denn leicht wird dieses Unterfangen nicht gerade sein.

Ich hoffe nur, dass das alles von den Bediensteten bis zu den nächsten Wahlen nicht vergessen wird. Wir Mitarbeiter des GLB werden unsere KollegInnen auf allen Dienststellen immer wieder daran erinnern!!!

Eva Harrer
Bhf. Fav.



Es ist Montag, der 3. Juni 2010, 5 Uhr morgens. Der Radiowecker reißt Günther S. (46) aus dem Schlaf. Der Oldie-Sender spielt Modern Talking. Herr S. quält sich aus dem Bett. Gestern ist es etwas später geworden. Bei der Arbeit. Dienst am Pfingstsonntag - mal wieder. Früher konnte er danach wenigstens ausschlafen. „Ja, ja, der Pfingstmontag“, murmelt Herr S., „ist das wirklich schon sieben Jahre her? „Es hat sich wirklich einiges getan seit damals. Nur nicht in seinem Haus. Als 2005 die Eigenheimzulage plötzlich doch gestrichen wurde, mussten sie eben Abstriche machen. Und inzwischen hat sich Familie S. daran gewöhnt. An die frei liegenden Leitungen und den Betonfußboden. Gut, denkt Herr S., dass damals die Garage noch nicht fertig war. Denn der Wagen ist längst verkauft. Zu teuer, seit es keine Kilometerpauschale mehr gibt. Und mit Bus und Bahn dauert es in die City ja auch nur zwei Stunden. Und was man dabei für nette Leute trifft. Zum Beispiel die Blondine, die Herrn S. immer so reizend anlächelt. Zurücklächeln mag er nicht. Wegen seiner Zähne. Aber was will man machen? 3000 Euro für zwei Kronen sind viel Geld. Und schon die Brille musste er selbst bezahlen. Hat dabei aber 15 Euro gespart, weil er nicht gleich zum Augen-, sondern erst zum Hausarzt gegangen ist. Wegen der Überweisung. Trotzdem: Der Urlaub fällt flach. „Das könnte Ärger geben zu Hause“, stöhnt Herr S. vor sich hin. Traurig erinnert er sich an letzte Weihnachten. Als es nichts gab. 2009 wurde nämlich auch in der freien Wirtschaft das Weihnachtsgeld gestrichen.

Im öffentlichen Dienst ist das ja schon länger her. „Und bis wann gab 's eigentlich Urlaubsgeld?“, fragt sich Herr S., er kommt nicht drauf. Damals hatte man jedenfalls noch genügend Urlaub, um das Urlaubsgeld auszugeben. Heute sind's ja gerade mal 19 Tage im Jahr. Pfingstmontag? 1. Mai? Geschichte. Das stand nicht auf der Agenda 2010 - so hieß sie doch oder? Aber man soll nicht meckern. Die da oben, weiß Herr S., müssen noch viel mehr ackern. Darum kann Günther S. mit der 45-Stunden-Woche auch ganz gut leben. Er hat auch keine Wahl. Seit der Kündigungsschutz auch in großen Betrieben gelockert wurde, mag man es sich mit den Bossen nicht mehr verscherzen. Wer will sich schon einreihen in das Heer von sieben Millionen Arbeitslosen? Aber den Feiertagszuschlag für den Dienst an Pfingsten vermisst er schon. Was soll 's, in 23 Jahren, dann wird er 70, hat Herr S. es hinter sich. So üppig wird die Rente zwar nicht ausfallen, wenn das mit den Nullrunden so weitergeht. Doch wer weiß: Vielleicht bringt ihn das Rauchen vorher um. Obwohl er weniger qualmt, seit die Schachtel neun Euro kostet. Aber heute, auf den letzten Metern zum Büro, steckt Günther S. sich trotzdem eine an.

Diese E-Mail geht momentan durch ganz Österreich, warum wohl???
Schick auch Du sie ruhig weiter...
Kostet ja nix...
NOCH nicht...
Schönen Tag noch

Impressum:

Herausgeber und Verleger: Gewerkschaftlicher Linksblock in der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten – 1090 Wien, Maria Theresien-Straße 11.

Redaktionsbüro:

1170 Wien, Elterleinplatz 6/2 – Tel.: 01/407 69 36, Fax: 01/407 69 36 13
 E-mail: glb.gemeinde@aon.at - www.glb-gemeinde.at

Herstellung: Eigenvervielfältigung
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Zulassungsnummer: 03Z035399